

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die wirtschaftliche Trennung von Deutschland bedeutet, und den weiteren Abbau des Staates. Das Klein-

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hollen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der "Vossischen" eigentlich nicht zu. Wenn sie "freien Wettbewerb" und "Öffnung der Grenzen" verlangt, grinst dahinter vielmehr irgend eine an der Einfuhr interessierte bestimmte Clique. Oder soll der deutsche Kapitalist seine "vollen" Lager verschenken,

den Arbeitskräfte, nur seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Bloß gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweilungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Aber der Arbeiter lernt es unglaublich schwer, ebenso aus Zweck-

straße fort in den Betrieben genommen sind und damit der Druck der Konkurrenz wieder etwas erleichtert ist. Tatsache aber ist auch, daß sie alle das eine dumpfe Gefühl nicht loswerden: es kann so nicht weiter gehen, irgend wann einmal muß diese ungeheure Schinderei in den bürokratischsten Betrieben sich rächen, irgend wann einmal muß der überhöhte Preis der Wirtschaft sich wieder gewaltsam Luft schaffen.

Es ist nicht begrifflich, wenn angehts solcher Tatsache auch eine Partei, die dem Namen und Programm nach auf der revolutionären Überlieferung der KPD zu haben behauptet, in sich selbst unklar wird; wenn sie anfängt, Politik um jeden Preis zu treiben, Erfolg um jeden Preis haben zu wollen.

Aber unsere Aufgabe ist nicht, nach Art von Professoren, Geschäftsleutern und verlebten Frauengimmern "menschlich zu begreifen"; unsere Aufgabe ist, mit eisernen Augen auf die Bewahrung des revolutionären Axtens zu achten und mit harten Worten jede Abirrung zurechtzuweisen.

Die Berliner Richtung der KPD hat geglaubt, dem politischen Erfolg zuliebe sich mit der von den Sozialdemokraten Mosauer Richtung abgeplatteten Entschiedenheiten (EW) vereinigen zu sollen. Dieser Schritt, in halber Frühlingstimmung beschlossen, im Juni förmlich gefordert, ist inzwischen vollzogen worden. Jetzt sind die Frühlingstage schon vorüber, und der Stahnjammer hat sich eingeleitet.

Diese Vorgänge, so geringfügig sie heute zahlenmäßig betrachtet sein mögen, sind von außerordentlicher Bedeutung. Denn so wie die allgemeine Lage heute in Deutschland ist, vollzieht sich die Um- und Neugruppierung der Kräfte, die künftig einmal in der deutschen Revolution führen werden, kaum beachtet in kleinen Arbeiterorganisationen. Hier kristallisiert sich der Kern neu, von dem aus einmal Weltgeschichte ausgehen wird, nicht in den leblos gewordenen Kleinpartei.

Die Hochzeit der Berliner KPD mit der EW (Schwarzgruppe) sollte angeblich den Ring der Isolierung um die revolutionären Kräfte sprengen, diese Kräfte selbst durch Vereinigung zu stärken und damit zu positiven politischen Erfolgen zu kommen. Dieser Gedanke, gleichgültig ob er richtig gemeint war oder nicht, hat sich heute schon als schwerer Irrtum erwiesen. Es konnte auch garnicht anders sein. Denn man hatte mit gleichem Blick auf den zahlenmäßigen Zuwachs stierend, alles vergessen, was die KPD mühsam aus jahrelanger Praxis gelernt hatte. Man hatte vor allem vergessen, daß eine revolutionäre Partei nicht rasch wachsen darf, als sie den Zuwachs verdauen kann. Man hatte ferner sich auf die Macht äußerer Formeln - Antiparliamentarismus, E. D. hat Gewerkschaft - verlassen, statt auf die Macht der revolutionären Bewusstseins, die Partei aller solcher einzelnen Entscheidungen. Man hatte darüber (von lange vorher!) den Grundgedanken der Organisation von unten auf vergessen, und sich stattdessen auf Verhinderung von Kopf zu Kopf, nach dem von einer Organisation Konterrevolutionären Ursprungs ein gelassen; denn die EW ist, bei allem guten Willen ihren einzelnen Mitgliedern, als Organisation ein Splitter der KPD. Man hatte viertens die ganze Anklagekampagne geführt im Zeichen eines Kampfes gegen das heutige Sowjetrußland; mag dieser Kampf zur Stärkung der Arbeiter der EW zeitweise nützlich gewesen sein, so war es doch ein Kampf fast ausschließlich gegen das heutige Rußland, der Granatenspitze der Büchardinger Bundesarmee und der Blamaze mit dem bürgerlichen China; der Kampf gegen die Wurzeln des Leninismus, gegen Führer und Parteibürokratie, trat dabei ebenso in den Hintergrund wie die positiven Ertragsleistungen der ersten revolutionären Zeit der russischen Umwälzung, vor allem die Räte. Schließlich wurde der Kampf geführt in einer künstlich erdichteten Atmosphäre von Revolutionsromantik mit einer Spekulation auf das zum "Rückblick" neigende Temperament, deren die man gewinnen wollte, mit einem in sich hohen Aufwand von Affektsparolen und gemächter Aufregung.

Damit zeigte man, daß man verlegen hat, daß rasche Entwicklung des revolutionären Bewusstseins im Proletariat nur vor sich geht in Zeiten großer politischer Ereignisse, während sonst immer nur einzelne mit gutem Aufwand von schiller-

Überzeugungsarbeit zu gewinnen sind. Oder, wenn man das nicht vergessen hatte, so gab man sich der irrigen Hoffnung hin, durch die fetten Buchstaben in den Zeitungsüberschriften die Gehirne selbst verlegen zu können - die sich sonst in diesen Buchstaben nur wieder spiegelt.

Und da große politische Ereignisse - solche die das Proletariat von selbst auf die Straße führen nicht zu entdecken waren, "mußte man an" an die "Lagenhilfe", machte die Politik des Stadtrates "Offene Briefe", gab die Arbeiter-Union den herumtrotzenden hungerigen Schaltern der EW als eine Art von Gewerkschaftspreis. Während man im Gegenteil offen heraus die halbe Wahrheit hätte sagen müssen, daß Union- und Betriebsorganisationen heute, wenn sie nicht zu minderwertigen Gewerkschaften entarten sollten, höchstens als propagandistische Gruppen in den Betrieben bestehen können, und daß bei weitem die Stammpartei heute in der ein-sachen politischen Aufklärungsarbeit der Partei liegt.

Aus der Frühlingstimmung sind vorbei. Die heute von der EW, an die bürgerlichen Organisationsmethoden der KPD noch allzusehr gewöhnt, haben die Bezüge und Ortsgruppen der Berliner Richtung der KPD vielfach überannt. Die alten Genossen, die sich noch einen Rest ihrer früheren Erkenntnisse gewahrt haben, haben begonnen sich zur Wehr zu setzen. Schneller als wir dachten ist gekommen, was wir voraus gewußt haben! Aus der Hochzeitsfeier ist die Kette entfallen, aus der Vereinigung die organisatorische Zerlegung der KPD Berliner Richtung, mit Beitragsparolen, handgreiflichen Zusammenstößen und allem Zubehör.

Der "Proletariat" hat in den letzten zwei Nummern eine ausgezeichnete klare Darstellung eines angelegenen holländischen Genossen über "Prinzip und Taktik" gebracht. Die Taktik, die die Vereinigung mit der EW auf dem Gewissen haben, wollen die Wahrscheinlichkeit dieses Ausfalls noch heute nicht anerkennen; sie sind gewungen, ihre Führerpolitik bis zum bitteren Ende fortzuführen. Aber wie leicht kommen manche von den anderen alten Genossen zur Befinnung auf die Prinzipien, die sie einmal als richtig erkannt haben.

Es ist zu hoffen. Denn was auch aus den zerplitterten KPD-Organisationen werden mag - die kommunistische Arbeiterbewegung wird nicht untergehen.

Politische Notizen

Die Republik sichert sich ihre Leute. Mit Weiden, bei denen kein Auge trocken bleibt, hat der Reichsfinanzminister angeknüpft, daß den Beamten, beglückten und vielfach überhöhten Beamten endlich geholfen werden solle. Zur Einberung ihrer "Räte" bekommen sie 20-30 Prozent auf ihre Gehälter zugesprochen, die höheren Mandatäre natürlich mehr als die unteren, und o Wunder, es soll nicht einmal mehr Steuern kosten. Wie heißt das alte Studentenlied? "Und der Herr Finanz lequidiert mit Glanz". Im Reich wenigstens. Die Länder und Gemeinden können sich nicht gut lumpen lassen, und hier wird das dies Ende mit den Steuern natürlich nachkommen.

Diese Ankündigung höherer Beamten-Gehälter hat gerade noch gefehlt, um den allmählich ansteigenden Warenpreisen einen entscheidenden Stoß nach oben zu geben. Jetzt leitet sie mit frischem Mut nach oben. Lebensmittel, Bekleidung, Bauholz, gestiegene Miete, alles geht nunmehr in die Höhe. Die Lebenshaltungskosten, seit dem Frühjahr etwa um 10 vom Hundert gestiegen, werden bald weitere 10 bis 15 % eingebli.

Es ist begreiflich, daß die Arbeiter auch etwas von dem Segen abbekommen müßten, der auf die pensionsberechtigten Kalzin, die Schulmeister und Büttel der Republik niedertraufelt. Es müßten gern und willen nicht wie. Die "bedürftigen" Gewerkschaften haben natürlich die Sache in die Hand genommen, und man sieht an der Geschichte der westfälischen Textilarbeiter - Ausparierung und der Berliner Straßenbahnerbewegung, daß sie nichts von ihrem alten Methoden der Zerplitterung, der endlosen Verhandlung, der Ermüdungsstrategie gegen die Arbeiter - und schließlich der propagan-

dischen Auswertung für ihre Stützorganisationen schätze verlernt haben. Die Arbeiter glauben meistens selbst nicht recht an einen Erfolg, aber die sie nichts Besseres wissen, und da sie sogar von den "revolutionären" Moskau-Agenten - und von denen gerade am schärfsten - in den Gewerkschaften hineingelockt und mit allen Terrormitteln hiengegen geprüft werden, so laufen sie eben mit.

Am 2. Oktober die Feier für "unseren allerbesteren" obersten Feldherrn den Hindenburg. Eine Demonstration für die Einheitsfront der bürgerlichen Klasse unter den gleich berechtigten Zeichen des Militarismus und der neuen Republik. Die KPD macht dazu die allertreueste Opposition, ohne da ein solches Fest keinen rechten Reiz hat, und man wird höchst gebietet, sich nicht über die Hindenburg-Galun-Berträge, die Büchardinger Bündnisthron und ähnliche Themen zu unterhalten.

Der Ausschluß Trozki's aus der Exekutive der Komintern ist, so wenig wie die grundsätzliche Bedeutung der Opposition in der russischen Partei übersehbar wollen, ein Signal für den 1. März 1927 in inneren Zustand der Partei. Vor allem wenn man dazu erinnert, daß kurz vorher in Moskau von der Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden unter der Beschuldigung, eine Geheimdruckerei unterhalten zu haben; unter ihnen waren einige alte Bolschewisten. Eine Geheimdruckerei in heutigen Rußland ist eine bemerkenswerte Tatsache die klar beweist, daß die revolutionär gefassten Kräfte in der bolschewistischen Partei anfangen, ernsthaft gegen den Stalin-Sturz zu revidieren. Wären die intellektuellen Parteileute, die in der Gefolgschaft Trozki's diesen Versuch stützten, hauptsächlich persönliche Ziele gehabt haben, so hätten sie doch niemals diesen Versuch gewagt, wenn sie nicht den Gehalt hatten, Widerhall in den Arbeitermassen zu finden.

Diese Bewegung wird noch zu keiner Entscheidung führen; die deutschen Trozisten, die heute um Moskau und nach Peking hoffen zwar an eine Klärung, natürlich innerhalb der Partei und der Komintern; aber sie werden sich ihren "Reinigen" des Parteiparates werden erschließen die Bewegung zu halten, die schmerzhaften Schritte in die Breite zu ziehen, sie werden Trozki's verurteilen auch aus der Partei ausschließen, und gänzlich wird noch nichts geschehen. Aber nach Zerstreung der oppositionellen Führergruppen werden die revolutionären Arbeiter in der Exekutive der Komintern allmählich Trozki's ihrer heutigen Regierung ein Stück weiter sein.

In der äußeren Politik werden die Genossinnen immer schwächer. - Davon das nächste Mal.

Was ist die Republik?

Demokratie ist die Herrschaft des Kapitals, das so stark ist, so veranlagt in den Aufständen der Volksmassen, daß es sich den Luxus erlauben kann, ihnen die Freiheit zu gewähren, aber die Staatsangelegenheiten zu regieren. Ein weitergehende Demokratie gibt es in der modernen Gesellschaft nicht, denn wo die Volksmassen nur eine Willensmacht aus ihrer Abhängigkeit das Bestimmungsgewalt über das Staat gegen den Willen seiner kapitalistischen Beherrscher zu demütigen, geht die Demokratie verloren. Die moderne Demokratie ist eine Schiffe der Kapitalherrschaft.

Es ist überhaupt unmöglich anzunehmen, man könne auf friedlichen Wege, durch reine Diskussion, ohne Revolution das Stürzen der Volksherrschaft gegen ihre eigene Kräfte überwinden. Nur in der Revolution können die Vorkämpfer der Arbeiterklasse die Herrschaft der Volksherrschaft überwinden. Die Revolution besteht darin, daß sie ein Bürgerkrieg ist, und Klassen, die sich mit Rationen und Wohlfühlensgewinnen befriedigen, verdrängen auf das bürgerliche Bewußtsein. Die Revolution besteht nicht in ihren Feinden, sie besteht in der Konterrevolution, die das feste und keine werden den Versuch zu fragen wissen, was die Geschichte überwinden will. Die Revolution ist keine demokratische Regierungsform, sie ist die Form der Arbeiterregierung, die zeigt, daß ihre Klassencharakter, verdrängt ihn nicht mit demokratischen Methoden, aber die revolutionäre Arbeiterklasse für, unabweisbar und rückwärts los zu drücken kann.

(Karl Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, 1919.)

Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Schlesien, Schloßstr. 128. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Gierke, Berlin-Friedrichshagen. Verlag: Carl Gierke, Berlin-Friedrichshagen. Druck: Müller'sche Buchdruckerei, Berlin-Schlesien.

Jahrg. 1927 erscheint monatlich 1 Mal

Kommunistische Arbeiterzeitung

Nr. 10 Preis 10 Pf. Erscheint monatlich 1 Mal

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

int. Institut Soc. Geschichte Amsterdam

Der kommende Krieg

Rußland auf der "Abrüstungs"-Konferenz

Tschitscherin teilte dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch mit, daß Rußland sich an der vorbereitenden Abrüstungskommission beteiligen wolle. Na also! Es ist erreicht! Der 10. Jahrestag der russischen Revolution kann nicht würdiger begangen werden als durch die Teilnahme der "Sowjets" an der dreitesten Abrüstungskonferenz, die von der internationalen Bourgeoisie inszeniert werden soll. Diese Abrüstungskonferenz ist in Wirklichkeit die Vorbereitung für das nächste Völkermorden. Da im Ernstfalle dem "Arbeiterstaat" Rußland natürlich eine führende Rolle zugesprochen ist, so erscheint es nur logisch, wenn er sich rechtzeitig an den vorbereitenden militärischen Aktionen beteiligen lassen will. Alle moralischen-sentimentalen Erwägungen beiseite - eine Tatsache bleibt jedenfalls der Beachtung wert: die brutale Konsequenz, mit der die Stalin-Leute ihre antiproletarische Politik bis an die Grenze des Möglichen weiterreiben.

Unter Geschäftsaufsicht

Die Hüter der Novemberrepublik sind schmerzhaft daran erinnert worden, daß ihre Firma unter Geschäftsaufsicht steht. Die in der Form noch eben höfliche, in der Sache vernichtende Kritik, die der Aufsichtsführende, der Reparationsagent Parker Gilbert, an der Borg- und Schleuder-Wirtschaft der deutschen Bourgeoisie geübt hat, hat mit einem Male die Schleier zerrissen, die eine leidliche Konjunktur über den unausgefüllten Abgrund des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gebreitet hatte. Damit ist die Existenzfrage dieser Republik von neuem auf die Tagesordnung gesetzt. Die Gläubiger, die bisher freundlich weiter geborgt hatten, kloppen jetzt mit hartem Finger an die Tür und erklären, es gehe so nicht weiter. Das amerikanische Bankkapital fürchtet für die Zinsen die ungeheuren Summen, die es in das deutsche Geschäft gesteckt hat; die englischen Finanzleute, die durch ihre Hüter die diplomatischen Sitzze Parker Gilbert's schleunigst in die größere Sprache des politischen Geschäfts übersetzen ließen, benutzen die Gelegenheit nicht ungern, auf die deutsche Regierung einen politischen Druck auszuüben. Die deutschen Kapitalisten lassen zwar in ihrer Gerulden-Pressen fleißig mit der Dawes-Kette raseln, wissen aber schon, auf wen die Last der er-

Vor der Spaltung in Rußland

Die innere Lage der bolschewistischen Partei beginnt sich als ernsthaft gefährdet zu erweisen. Der Block der inner-russischen Opposition, vor kurzem von Stalin noch durch den Hinauswurf von Trozki und Sinowjew aus dem Zentral-Komitee vor den Bauch getreten, schwankt zwischen Spaltung bzw. Neugründung einer Partei und Fortsetzung der inneren Fraktionsarbeit hin und her. Es gibt dabei alte Bolschewiki, ehrliche Revolutionäre, wenn auch Leninisten, die der Überzeugung sind, daß die Parteisplaltung praktisch den Bürgerkrieg bedeuten würde, und daß hierfür die Organisation der Opposition noch nicht ausreicht. Auch wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Kurs Stalins, obwohl an sich schon bonapartistisch, doch den Klassenkräften des Nep und des Kntakentums noch zu links sei, und daß daher mit einem baldigen Auftreten der Kräfte des neuen russischen Kapitalismus gegen Stalin, für Befestigung des Außenhandelsmonopols, für demokratische Pressefreiheit usw. eventuell mit Gewalt zu rechnen sei. Erst im Gegenstoß gegen eine solche konterrevolutionäre Erhebung werde, so hoffen diese Oppositionellen, die bolschewistische Partei das Regime der Stalin und Bucharin abschütteln und wieder zur revolutionären Partei des russischen Proletariats werden.

Der kommende Krieg u. die Ohnmacht des Pazifismus

In der Tat: es gibt kein heilsameres Schlafmittel als die Lektüre des "Vorwärts". Wie muß ein Leserkreis beschaffen sein, der jahrein - jahraus derartiges verträgt! Welche Qualitäten von Stumpfheit, politischem Unverständnis und Temperamentlosigkeit müssen hier zusammenkommen, um eine Blindheit zu erklären, die nicht über die Tatsache stolpert, daß ein Blatt mit dem alarmierenden Namen: "Vorwärts" in Wirklichkeit längst das Gegenteil dessen bedeutet, was es immer noch zu sein vorgibt! Freilich, diese reichlich angegrante Generation von Zeitungsläsern steht jenseits aller weltbewegenden Probleme. Dicht neben ihrem Laubengeld haben sie den Glauben an die Demokratie gepachtet. In der Schlichtungsordnung erblicken sie einen wohlthätigen Ersatz für kraft- und zeitraubende Klassenkämpfe und sind infolgedessen überzeugt, daß bei den nächsten Parlamentswahlen der Sozialismus marschieren wird. Was so nebenbei noch da drans in der Welt passiert, kann ihnen gut abgelenkten Optimismus nicht mehr als der Fassung bringen. Die Sonne von Genf verklärt alle harten Kanten der Weltpolitik mit rosigem Schein. Der Völkerbund ist die Organisation des europäischen Friedens. Die Genossen Breitscheidt und Boncour sorgen dafür, daß der Geist von Locarno ihren Völkern erhalten bleibe. Alle auftauchenden Konflikte werden durch internationales Recht, obligatorisches Schiedsgericht sowie demnächst beginnende Abrüstung mühelos beigelegt.

Das ist leider keine Karrikatur. Es ist trostlose Wahrheit. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse hat keine Ahnung von den Weltverhältnissen, die den politischen Horizont verduckeln. Was schlimmer ist: sie sieht nicht den ursächlichen Zusammenhang, der zwischen der Politik der "Vorkerbefreunden" Sozialdemokratie und der bedrohlichen Zuspitzung der internationalen Situation be-

nie
wil
ber
s c
zu
lan

auf
Arm
solli
Kopt
schie
hat
ist
notw

du
Pa
an
Ka
sa
lic
be
d
1
re
W
d
p
U
(V

Im
Stat
land
5 M
Betr
müß
und
ist
e
Wor
richt
in
Ans
hätte
Urs
von
Hinf
dika

der
schl
Wer
dara
und
gebu
zu
g
Stin
aner
länd
volle
Als
dore
Der
indur
schol
läßt
n
die
s
kants
stanc
Galg
die
in
d
wahr
habe

und
Goh
Unte
ist
bete
halb
beite
Die

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinwirtschaft und den bürgerlichen der ke...

nie w... zu la... auf Arm... sol... Kop... hat... ist... not...

de Pr... an R... die b... die l... r... W... d... P... U... N...

Im Stat... land... 5 M... Betr... m... und... ist... e... Wor... rich... in... Ans... h... Urs... von... Hin... dika...

der sch... Wer... dare... und... geb... zu... g... S... in... l... and... voll... Als... dere... Der... indu... scho... löh... oft... n... die... als... k... st... am... Gal... die... i... w... habe... und... Go... Unt... ist... bet... halt... Die...

steht. Die pazifistische Phrase der Führer gilt Millionen deutscher Proleten genau so als unantastbares Dogma wie vor 1914. Trotz allem — was seitdem sich ereignete. Alles vergessen. Nichts dazugelernt. Zahlend-Psychologie beherrscht die Stunde. Inzwischen rückt der Zeiger der Weltgeschichte weiter. Die imperialistische Hydra ist nicht tot zu kriegen. Wann beginnt das neue Weltgemälde?

Zwei Ereignisse der letzten Zeit haben die Gefahr des kommenden Krieges signalisiert. Das eine war die offizielle Proklamierung der militärischen Revanche-Idee bei der Einweihung des Denkmals von Tannenberg. Das andere, — in der Form weniger provokatorisch, in der Sache aber mindestens ebenso bedeutungsvoll, — bestand in der kategorischen Abweisung jenes von Polen geforderten Ost-Locarno-Vertrages durch die Wilhelmstraße. Nun sind wir die letzten, die im Abschluß derartiger Verträge eine solide Friedensgarantie erblicken könnten. Aber andererseits ist soviel klar: Der deutsche Nationalismus denkt nicht daran, dem östlichen Nachbar die politische Sicherheit zu gewährleisten, die er aus freien Stücken dem Westen — bis auf weiteres offeriert hat. In Tannenberg sowohl wie in Genf hat die deutsche Politik ihre wahren Absichten demaskiert. Sie will kein Ost-Locarno, weil sie entschlossen ist, mit dem polnischen „Erbeind“ bei der nächsten günstigen Gelegenheit auf gut preußische Manier abzurechnen. Oder glaubt jemand im Ernst, daß der ostelbische Großgrundbesitz auf territoriale Expansion im Osten verzichten wird, was mit dem dauernden Verlust seiner vor dem Kriege innegehabten souveränen Machtposition gleichbedeutend wäre? Glaubt jemand im Ernst, daß unser schwerindustrieller Nationalismus — aus Gründen der Eisen- und Kali-Politik in seiner Aggressivität nach dem Westen hin gelähmt — die problematische Lösung der obereschlesischen Frage als eine entgültige betrachte? Mit raffiniertem Weiblich hat hier im Osten der britische Imperialismus künstliche Brandherde geschaffen, die eines Tages ihr Werk vollbringen werden. Und so sehen wir, wie die deutsche Bourgeoisie sprunghaft den Augenblick erwartet, wo mit einer veränderten weltpolitischen Konstellation die Gelegenheit zum Handeln gegeben erscheint.

Bel dem Tempo, in dem sich heute die Ereignisse der internationalen Politik abspielen, ist die überraschende Situation einer akuten Kriegesgefahr durchaus keine Unmöglichkeit. Das System der kapitalistischen Weltwirtschaft hat den früheren „normalen“ Gleichgewichtszustand immer noch nicht erreicht, was in der weltpolitischen Entwicklung durch abnorme Steigerung der Unsicherheitsfaktoren sich manifestiert. Da ist der latente französisch-italienische Konflikt, dessen Bedeutung — ob mit, ob ohne Flottendemonstration — mit jedem Tage zunimmt, weil zwischen dem unvermeidlichen Bankrott der faschistischen Innenpolitik und der Tendenz nach außenpolitischen Lorbeeren ein ursächlicher Zusammenhang existiert. Im übrigen ist ja bekanntlich die gesamte Mittelmeer-Atmosphäre mit einer politischen Hochspannung geladen, die den Pan-Europäern und den anderen pazifistischen Ideologen zu denken geben sollte. Hinter allen Konflikten, die dort periodisch akut werden, steht natürlich der britische Imperialismus. Man muß darum nicht unbedingt im Still der „Roten Fahne“ an der These festhalten, daß die gegenwärtige Tory-Regierung ausschließlich kriegerische Ziele verfolgt. Aber der welthistorische Gegensatz zum russischen Reich im Zusammenhang mit der Entwicklung der chinesischen Revolution drängt England in eine Politik, die mit allen Eventualitäten rechnet. Das bedeutet selbstverständlich permanentes Wettstreiten, immer erneute Bündnisgruppierungen, damit verschärft die Spitze der internationalen Situation, wiederum gesteigertes Wettstreiten, bis eines Tages die imperialistischen Gegensätze die Explosion herbeiführen. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems bleibt die Idee des Weltfriedens eine Absurdität.

Die Tragödie des Kapitalismus besteht eben darin, daßer aus sich heraus Gegensatz erzeugt, die er nicht überwinden kann, sondern die in der Folge ihn selbst überwinden werden. Im Interesse des Profits muß er — koste es was es wolle — produzieren und immer noch mehr produzieren ohne Rücksicht darauf, ob genügend aufnahmefähige Märkte vorhanden sind oder nicht. Von die-

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die obere zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlüssel zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen“ eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb“ und „Öffnung der Grenzen“ verlangt,

den Arbeitskräfte, nun seine Kräftequellen wo anders zu suchen. Blos gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitalis-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verweilungsänderung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit. Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Ar-

ser Regel macht auch das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ keine Ausnahme. Das Verhältnis von Produktion und Absatz, das jetzt in Amerika gerade noch balanciert, nähert sich auch dort sehr rasch jener Grenzlinie, wo die Gefahr der Krise beginnt. Der Ausbruch einer amerikanischen Wirtschaftskrise aber würde sich nicht nur an der eine unheilvolle Wolke am weltpolitischen Horizont. Daß grade von diesem Punkte aus das ohnehin wackelige Gerüst des Friedens ernstlich bedroht werden könnte, wird fast immer ignoriert. Das ist nicht so zu verstehen, daß die Union daran denken müßte, auf eigene Rechnung das Kriegsbett auszugraben. Gegen wen auch? Ein „Erbeind“ ist nicht vorhanden. Man würde ihn zwar im Bedarfsfall erfinden, wenn nicht angeborene Klugheit die Herren von Wallstreet daran hinderte, ein Abenteuer zu suchen, das höchstwahrscheinlich kein „business“ wäre. Aber nach den Erfahrungen von anno 1914 ist der Krieg der Anderen ein lukratives Geschäft. Sollte der politisch zielstrebig Puritanismus von Washington einer solchen Eventualität aus dem Wege gehen, wenn in Bethlehem die Stahlproduktion ins Stocken gerät? Eher ist den Herrschaften im „Weißen Haus“ zuzutrauen, daß sie durch eine höllische Regie das Feuer ablassen, daß sich dann für United States abermals in Gold verwandelt. Das Rezept ist ausprobiert, und es sollte wundernehmen, wenn sich nicht ein töpelfaher Nationalismus fände, der die gerissenen Kapitalshyänen de Welt aus einer momentanen Verlegenheit befreite.

Die Militaristen aller Länder aber können beruhigt sein. Argumente für ihren optimistischen Glauben an den kommenden Krieg brauchen sie nicht krampfhaft zu konstruieren. Die weltpolitische Entwicklung liefert sie ihnen gratis. Als waschechten Machtpolitiker flößt ihnen offenbar auch die Institution des Völkerbundes nicht in dem Maße Furcht ein, wie sie manchen gläubigen Pazifisten Hoffnung zu verleihen scheint. Der Kardinaltrug des Pazifismus besteht genau wie bei den Utopisten des 18. und 19. Jahrhunderts darin, daß er einen Idealzustand zu realisieren versucht, der mit der geschichtlichen Wirklichkeit keinen Zusammenhang besitzt. Die ideologische Versteigerung geht hier soweit, daß sie es fertig bringt, diesen Völkerbund, der sich längst im Stadium des Zerfalls befindet, als positiven Faktor des Friedens zu bewerten. Nicht genug, daß die größte kapitalistische Weltmacht: Amerika und die größte südamerikanische Staat: Brasilien mit der Genfer Organisation nichts zu tun haben wollen: sieht es in Europa etwa besser aus? Die z. B. Spanien. Dieses Land, das sich der segensreichen Diktatur des Herrn Primo de Rivera erfreut, hat seit dem geräuschvollen Einzugsmarsch der Streitmänner den Reformationsaal unter Protest verlassen. Da ist ferner Italien, das Land — wo die Zitronen und der faschistische Terror blühen. Zwar befindet sich dieses vorbildliche Staatswesen noch innerhalb der Genfer Banne, aber daß die Regierung der Schwarzhemden mit Enthusiasmus an der Sache beteiligt wäre, wird wohl niemand behaupten. Wie gar unser Hindenburg — Deutschland im Grunde seines „reinen Herzens“ über Völkerbundsparagrafen denkt, bedarf wirklich keiner näheren Illustration. Und England? Die Regierung der ehrenwerten Lords und Gentleman befindet sich heute so sehr im Schlepptau Amerikas, daß selbst innerhalb der Arbeiterpartei der Gedanke vom „Abbau der Völkerbunds politik“ an Boden gewinnt. Was also gegenwärtig noch sich als Völkerbund präsentiert, ist selbst im europäischen Maßstab betrachtet — ein Scherbenhaufen. Es ist die organisierte Ohnmacht und nicht eine Organisation des Friedens. Nur eine einzige Stille ist da, die fest und treu zum Völkerbunde hält: die Sozialdemokratie aller Länder. Dabei wird in einem Augenblick, wo die großkapitalistische Bourgeoisie sich vom Schanzplatz einer internationalen Komödie zurückzieht, auf die sie heute verzichten kann. Erzeugung gefährlicher pazifistischer Illusionen: das ist der Sinn der Außenpolitik des Amsterdamer Reformismus.

Doch halt: um das Satyrspiel komplett zu machen — es fehlt kein Teufel Haupt; auch das „rote“ Rußland darf in einer Revue nicht fehlen, wo die Standarten des Imperialismus im trauten Verein mit den Bannern gewerkschaftlichen Burgfriedens dem Gedanken des Pazifismus ihre Huldigung darbringen. Moskau versteht sich auf Sensationen. Wie hat man noch vor kurzem über den

bürgerlichen Abrüstungsschwandel seine von Leninismus erleuchteten Randbemerkungen gemacht! Und nun auf einmal wird von den „Soviets“ die russische Teilnahme an der nächsten „Abrüstungskonferenz“ feierlich proklamiert? Wir müssen gestehen, daß uns von dieser Seite nichts mehr überraschen kann. Aber welche leninistische Theorie werden die gläubigen Proletarier der III. Internationale über sich ergehen lassen müssen, um an der neuesten Etappe der offiziellen Sowjetpolitik keinen Anstoß zu nehmen! Es ist natürlich kein Zufall, daß die Russen gerade jetzt, wo der englische Imperialismus sich von der Genfer Zone zurückzieht, sich aktiv an der Völkerbunds politik beteiligen wollen. Die außenpolitischen Gründe sind naheliegend genug, nur können wir aus Mangel an Raum dieses Mal nicht darauf eingehen. Jedenfalls ist soviel klar, daß der Wiedervereinigung der russischen Internationale mit den Amsterdamer nun auch außenpolitisch immer weniger ein Wege steht. Die geschichtliche Dialektik läßt eben nicht mit sich spaßen. Da helfen auch auf die Dauer keine leninistischen Kommentare. Einmal kommt der Tag, wo die Geschichte selber die Demaskierung erzwingt. Beim nächsten Massenmord in Rußland seine Arbeiterbataillone und die der mit ihm verbündeten Bourgeoisien zum höheren Ruhm des Imperialismus verrecken läßt.

Dann erst werden die Proletarier vielleicht begreifen, daß der Opportunismus aller Schattierungen nicht — wie ihnen immer versichert wird — das kleinere von zwei Uebeln bedeutet, sondern daß er das Uebel selber ist, an dem der Klassenkampf ersticken muß. Die Illusion, daß man mit Hilfe von Völkerbund, Amsterdamer und Moskauer Internationalen den nächsten imperialistischen Krieg verhindern könnte, wird die Herbeiführung der Katastrophe nur beschleunigen. Für die Arbeiterklasse aber gibt es nur die eine Alternative: entweder es gelingt ihr, durch revolutionären Klassenkampf den Krieg zu verhindern oder der Krieg bedeutet das Ende der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Nur die proletarische Revolution kann uns für immer vom Alldruck des Imperialismus befreien. Es führt kein anderer Weg zum Frieden.

Ideale des Gaskrieges

Der künftige Krieg wirft seine Schatten voraus. In Warschau wurde vor kurzem ein Gaspropagandtag abgehalten, nicht etwa für stärkere Verwendung von Leucht- und Heizgas, sondern um die Bevölkerung zu zweckmäßigem Verhalten bei einem künftigen Giftgas-Ueberfall anzuleiten.

Energischer geht Sowjetrußland vor. Dort gilt Leningrad als besonders bedrohter Posten, und daher wird jetzt eine Zwangsversorgung der Einwohnerschaft mit Gasmasken durchgeführt. Die Gesellschaft für Luft- und chemische Verteidigung, Aviachem, hat eine Million Gasmasken beschafft, und jede Familie ist verpflichtet, so viel davon zu übernehmen, wie sie Köpfe hat, Greise und Säuglinge eingeschlossen. Sie kosten pro Stück sieben Rubel, und der Preis wird als Zuschlag zur Miete, auf Wunsch in Raten eingezogen. In jeder Wohnung sind besondere Haken anzubringen, an denen die Gasmasken jederzeit bereitgehalten müssen. Kontrollreue überwachen laufend die Durchführung dieser Vorschriften, Instrukteure werden die Bevölkerung im Gebrauch unterweisen. — Unterdessen beschäftigen sich die Kriegsministerien in allen Ländern, übrigens auch in Deutschland, mit der Frage, was für bauliche Aufgaben aus dem Gaskrieg und seiner Abwehr sich ergeben. Dabei wird natürlich in erster Linie an den Behördenapparat, an die Sicherung seines Funktionierens und an das kostbare Leben unserer treuen Herren Minister, Generale und sonstigen Oberbunzen gedacht. Am liebsten möchte man das ganze Land mit einem System bomben- und gassicherer Unterstände durchziehen. Daneben werden fantastische Riesen-Baupläne erwogen, die nichts weniger bedeuten als eine Umsiedlung der ganzen Bevölkerung der Großstädte in einen Kranz weit zerstreuter Vorortanlagen rings um den Stadtkern. Daß diese Pläne — trotz lebhaften Interesses der Bodeninspektion und der Bauindustrie — vorläufig auf dem Papier stehen bleiben werden, ist jedem klar, der den Skandal um das amerikanische Bauprojekt für Berlin verfolgt hat. Nicht wegen „Mangel an Kapital“, sondern weil nicht ersichtlich ist, wohin der Profit auf die Dauer kommen soll.

Auf Radeks Wegen

Die innere Auseinandersetzung in der Berliner Richtung der KAPD, von deren Beginn wir in der letzten Nummer dieses Blattes sprachen, hat inzwischen außerordentlich scharfe Formen angenommen. Für jeden, dem das Schicksal der revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterschaft am Herzen liegt, gibt diese Krise wichtige Aufschlüsse; es erfordert aber außerdem die äußerste Kraftanstrengung auf seiten unserer Genossen, die verpflichtet sind, unermüdetlich von Mund zu Mund für Aufklärung zu sorgen.

Dabei dürfen wir uns nicht entmutigen lassen durch das Schauspiel, auch innerhalb der kleinen Gruppe, die dem Grundgedanken der revolutionären Klassenorganisation treu geblieben ist, oder die wenigstens an dem verketterten der KAPD noch festhält, Streit, Fraktionsbildung und vielleicht Entneigung zu sehen. Darin liegt nichts Entmutigendes; die besondere Lage gerade dieses Kampfes zeigt vielmehr, daß eine Klärung beginnt, die schon lange höchst notwendig war.

Daß es zwei Richtungen der KAPD gibt, mit zwei organisatorisch ganz von einander getrennten Parteien und zwei Zeitungen, wird unseren Genossen in der Agitation oft vorgehalten; es war auch gewiß ein Hemmnis für die Wirksamkeit des KAPD-Gedankens. Jetzt aber beweist die Berliner Richtung der KAPD selbst, durch die Vorgänge bei und nach ihrer Vereinigung mit der „Entschieden Linken“, wie notwendig diese Spaltung war. Denn sie zeigt in dieser Aktion ein erschreckendes Klarhand einer kleinen Gruppe von Funktionären ist; einer Gruppe, die nach schlechtesten und ältesten Spartakus-Zentralen-Mustern „regiert“, die bereit ist, dem Zuwachs von Mitgliedern zuliebe auf die Erfahrungen, die Grundsätze, das Programm der Partei zu pfeifen.

Daß diese Gruppe von Funktionären und Angestellten jetzt allmählich, weil sie es zu toll getrieben hat, in ihrer Demagogie und in ihrer Verweigerung mit Bazillen des Radekismus von zahlreichen Mitgliedern und ganzen Bezirken der Partei erkannt und mit den schärfsten Mitteln bekämpft wird, ist kein Anlaß zur Entmutigung, sondern ein Anlaß zur Hoffnung auf den Kern der KAPD-Bewegung.

Der äußere Anlaß ist diesmal der Kampf um den Parlamentarismus, hervorgerufen durch das Teufelwechmel mit dem Führer der „Entschieden Linken“, dem Reichstagsabgeordneten Schwarz. Dieser Schwarz hat zugleich mit dem Anschluß an die — nach ihrem Programm antiparlamentarische — KAPD (Berlin) sein Reichstagsmandat beibehalten. — Aus den Bezirken kam daraufhin die Forderung, ihn vom Hauptausschuß zur Niederlegung zu zwingen oder auszuschließen. Der Hauptausschuß lehnte das ab, unter seinem Druck hat eine Urabstimmung in den Bezirken eine Mehrheit für ihn ergeben, und Schwarz trägt noch heute den Stempel M. d. R., vermutlich, ohne sich zu schämen.

Dagegen haben nun drei Bezirke in Berlin, sowie die Bezirke Hamburg und Leipzig — wenigstens soweit bisher offiziell zugegeben worden ist — aufs schärfste opponiert und z. T. Beitragsperre angedroht bzw. durchgeführt. Man braucht nicht anzuerkennen, daß die Gründe, die diese Genossen in Artikeln in der Berliner KAZ dargelegt haben, durchweg die besten sind, die sich finden lassen; auch haben sie teilweise lange Zeit zu ihrer besseren Einsicht gebracht. Aber ihr Ziel ist richtig, und ihre jetzige Haltung zeugt von einer klaren politischen Erkenntnis. Die Zentrale dagegen ist gezwungen gewesen, sich zu demaskieren und zu zeigen, wie weit sie schon von der fressenden Krankheit bolschewistischer „Bündnis“-Politik, Offene-Brief-Taktik und Führer-Korruption angesteckt ist. In einer Antwort an die Leipziger Opposition, die den Schwarz auffordert, im Interesse der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats niederzulegen, wird die von Radek abgegebene demagogische Wendung „antiparlamentarischer Kretinismus“ als höchster Trumpf ausgepielt, von „Sektendeologie“ und „Reinlichkeitsfanatismus“ zeugt, und die Redensart von der schöngeistigen Sekte, die alle Fragen in der blauen Luft und außerhalb des Kampfes der Arbeiterklasse löst, ist direkt aus dem Moskauer Arsenal entnommen.

Es kann auch nicht anders sein. Nachdem man seit über einem Jahr mit „Argumenten“, will sagen mit denselben Radekschen Phrasen, darum gekämpft hat, die Union in einen Gewerkschaftsersatz zu verwandeln, mußte man eines Tages dazu kommen, sich mit dem Parlamentarismus Arm in Arm zu zeigen; beides zusammen ist die logische Fortsetzung jener unentschuldbar halbheit in der Frage der Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, die wesentlich zur Spaltung der KAPD beitrug. Und nun vollendet sich das Bild in den demagogischen Gewohnheiten einer echt bolschewistischen Führerzentrale, die die Opposition von vornherein von der Z.-A.-Sitzung der Partei ausschließt, um sie abzuwürgen. Genau wie die Zentrale Paul Levis auf dem Heidelberger Parteitag. Nur daß die gelehrihen Schüler von heute schon so weit sind, daß sie die Instruktionen von Karl Radek nicht mehr nötig haben.

Die Frage der Person Schwarz interessiert uns wenig, das Beteiligende ist, daß sie die Genossen der Berliner Richtung so sehr interessiert. Wäre die politische Aufgabe, der E. L. zu Leibe zu gehen — auch wir sind der Meinung, daß diese Aufgabe bestand — richtig gelöst worden, entsprechend dem Programm und den taktischen Grundsätzen der KAPD, so hätte diese Frage mit diesem Gewicht überhaupt nicht entstehen können. Die Aufgabe war, mit den Mitgliedern der E. L. in ständiger Diskussionsform zu bleiben, ihre gefühlsmäßige Ablehnung der Moskauer Politik zu klären und programmatischen Erkenntnissen umzugestalten, nicht nur durch theoretische Diskussion, sondern durch die Stellungnahme zu den aktuellen Fragen der revolutionären Bewegung, weiterhin ihre Organisation auszuheilen und abzubauen, ihren Funktionären und Angestellten jedes Ausweichen unmöglich zu machen, und schließlich die kleine Zahl von Genossen allmählich in die KAPD aufzunehmen, die sich als klar und taktisch erwiesen. Gehörte hierzu auch Schwarz, so mußte sich das zeigen in der Niederlegung seines Mandats und in der bedingungslosen Einordnung in die Partei; dann um so besser. Daß ein Mandat überhaupt Gegenstand einer Diskussion war, offenbar bereits die völlige Verkehrtheit der Taktik der Berliner in dieser Frage. Denn diese Taktik war eine Führertaktik, war auf Verhandlungen aufgebaut, statt auf klärenden Kampf, geleitet von einer Führerideologie statt von der Entwicklung des Klassenbewußtseins, gerichtet auf Zunahme der Mitgliederzahl und Stärkung des Apparats.

Ueber die sogenannten „Vorteile“ des Parlamentarismus wird jetzt viel zu viel gestritten, auch von der Opposition: Glaubt Schwarz aus Gründen seiner bürgerlichen Existenz auf sein Mandat nicht verzichten zu können, bitte schön. Aber dann mußte er außerhalb der Partei bleiben, von selbst oder gezwungen, und die Partei mußte sich reinlich von ihm abgrenzen. Alles andere ist Halbheit, Opportunismus und gegen die wichtigsten Grundsätze der KAPD.

Vollkommen falsch und ein sehr schlimmes Zeichen ist auch die Stellungnahme der Berliner Zentrale zu den „kleinen Vorteilen“, die sie durch das Verbleiben von Schwarz im Parlament haben konnte. Hier wirft sie der Opposition vor, daß sie in dieser Frage moralisch und nicht praktisch denke. Dieser Vorwurf ist ein Zeichen heillosen politischen Dummheit. Ob eine Partei — ganz gleich welche — materielle Vorteile von irgend jemand annehmen darf, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen der Partei und diesem jemand; diese Frage aber kann nur mit einem sicheren Gefühl für politische Kräftewirkungen entschieden werden. Wenn die Berliner Zentrale nicht die Kraft hatte, Schwarz zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen oder aber aus der Partei fernzuhalten, so zeigte sie sich schon dadurch von ihm abhängig; wie erst, wenn sie „kleine Vorteile“ von ihm annimmt!

Dies nicht zu sehen, ist ein Zeichen heillosen politischen Dummheit. Dann aber noch der Opposition vorzuwerfen, sie urteile „moralisch“, ist außerdem — bei einer KAPD — ein Beweis heillosen Korruption. Die KAPD war es, die die revolutionäre Erkenntnis wieder zu Ehren brachte, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse nicht eine Angelegenheit von Politikanten ist, daß er in sich begreift die Lösung von der bürgerlichen Klassenmoral und die Schaffung einer proletarischen Klassenmoral. Und die Leute, die das ver-

geben haben, wagen es, sich auf jene Zeiten der alten KAPD zu berufen, wo die Partei die Mittel zu ihrer Arbeit nahm, wo sie sie finden konnte — nämlich als ehrlicher Feind der bürgerlichen Gesellschaft, und nicht auf dem Wege politischer Schiebegeschäfte.

Bei der Berliner Zentrale kann man das offenbar nicht mehr unterscheiden. Auf die Gefahr, ebenfalls als Moralisten erklärt zu werden, müssen wir aussprechen: Es ist eine Schande, daß solche Leute sich anmaßen dürfen, eine KAPD zu führen. Freuen wir uns, daß die Abrechnung begonnen hat.

Inzwischen hat nun ein Zentral-Ausschuß der Berliner Richtung stattgefunden. Der Bericht der Berliner KAZ in Nr. 85 ist kein Bericht, sondern ein Artikel voll tönender Phrasen im Stil einer Proklamation des Moskauer Ekki. Kein Wort über die Diskussion, kein Wort über die Stellung der einzelnen Bezirke und ihre Argumente. Man wagt offenbar nicht, auszusprechen, was ist — auch ein Zustand für eine „revolutionäre“ Organisation.

Die Resolution, die gefaßt wurde, erklärt u. a. „Die Nichtniederlegung des Mandats von Schwarz ist keine Frage der Partei (!) Die Stellung der Partei zu ihm als Sympathisierenden“ — ein feiner Ausweg! — „wird einzig und allein von seiner künftigen (!) Tätigkeit bestimmt.“ Sie schließt mit folgenden Ekki-Sätzen: „Der Zentral-Ausschuß fordert alle Genossen, die aus falscher Solidarität dieser „Opposition“ folgten, auf, mit dieser Opposition zu brechen und in die Partei zurückzukehren. Die politische Stellung der Partei zu dieser Opposition ergibt sich aus deren parteischädigendem Verhalten, und jede Unterstützung dieser Opposition ist deshalb abzulehnen.“

Gegen diese Entschlüsse stimmten die Ortsgruppen Leipzig und Weißfels, Hamburg enthielt sich der Stimme; über die Opposition in Berlin, die schon vorher mundtot gemacht wurde, schweigt der Bericht der KAZ.

Wer weiß, wie solche Dinge sich entwickeln, der sieht schon; hier ist kein Ende mehr abzusehen, die Zersplitterung, die Spaltung ist unabwendbar, das Versinken der Organisationsinhaber im Sumpf ist unvermeidlich.

Oesterreichische Sozialdemokraten

Der Parteitag der SPOe. hat das erwartete Ergebnis gezeigt: erwartungsvoll von allen denen, die sich durch die Phrasenhaftigkeit des „Austromarxismus“ nicht täuschen ließen und die wissen, daß diese Scheinradikalität der Wiener Sozialdemokraten nichts anderes ist als die Überschwinglichkeit des österreichischen Redeflusses, der dortzulande die Aktivität, das entschlossene Handeln ersetzt. Auch hierin zeigt sich die SPOe. durchaus als Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ihres Landes.

In welcher krasser Weise aber die Sozialdemokratie in wenigen Wochen ihre „heiligsten“ Lehren ins Lächerliche zieht und sie selbst entlarvt als das, was sie sind: abgefeimte Spiegelfechterei, Theaterdonner, abgeteuert, um den Strich der empörten, durch die Juliereignisse aufgetretene Arbeiterschaft wieder in das ruhige Bett braven Untertanentums zurückzuführen — das wird dieses „Genossen“ nun sogar von der Bourgeoisie selbst höhnisch unter die Nase gerieben. Als die Wogen der Empörung hoch gingen, der Justizpalast brannte und die Polizei in fliehende hilflose Menschen schoß, Frauen und Kinder umgebracht wurden — wie wir aus der großen Treppenscene im „Potemkinfilm“ als zaristisches Blutbad kennen — dieser Film aus dem finsternen Vorkriegsrußland ist zu einer lebendigen Illustration dessen geworden, was sich ein Jahr nach seinem Erscheinen im sozialistischen Wien begeben sollte. —) damals gebräute sich der Stampfer von Wien, der Redakteur der Arbeiterzeitung „Ansternitz“, wie ein Klassenkämpfer die deutsche Koalitionsbereitschaft der Bourgeoisie die deutsche Koalitionsbereitschaft de- und wehmütig zu Füssen gelegt. Die Bourgeoisie lehnt ab, aber — man wird schon gelegentlich auf die Offerte zurückgreifen: das nächste Blutbad wird man gern der SPOe-Polizei überlassen. Zunächst aber quillt man mit dem Hon, den diese Gesinnungslumpen verdient haben; Der Redner der Seipel-Partei brandmarkte sie auf der Parlamentströhne.

